



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier, Jörg Baumann** und  
**Fraktion (AfD)**

### **Bericht zur Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 2036 oder 2040**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und insbesondere im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung sowie im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zum nächstmöglichen Zeitpunkt in schriftlicher und mündlicher Form einen umfassenden Bericht über die Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2036 oder 2040 vorzulegen. Der Bericht soll insbesondere die folgenden Punkte beleuchten:

Wirtschaftspolitische Aspekte:

- Stärkung der Tourismusbranche: Welche Maßnahmen sieht das Bewerbungskonzept vor, um durch touristische Leuchttürme, begleitende Kampagnen und die Einbindung umliegender Regionen eine nachhaltige Stärkung des Tourismusstandorts Bayern zu erreichen?
- Einbindung der Sportbranche in Wertschöpfungsketten: Wie soll die bayerische Sportbranche – von Vereinen bis zur Sportartikelindustrie – durch Modernisierung bestehender Anlagen, neue Infrastruktur und Folgeinvestitionen strukturell in Olympiaplanung und -nutzung eingebunden werden?
- Belebung von Einzelhandel, Gastronomie und Innenstadtlagen: Welche Konzepte sind vorgesehen, um durch dezentrale Veranstaltungsformate, gezielte Standortwahl und regionale Einbindung eine wirtschaftliche Belebung von Einzelhandel und Gastronomie über München hinaus sicherzustellen? Wie wird durch integrierte Planung in den Bereichen Tourismus, Medien, Sport und Infrastruktur eine branchenübergreifende Wertschöpfung ermöglicht? Wie sollen das Oktoberfest und weitere etablierte Veranstaltungen in das Olympiakonzept eingebunden werden, um wirtschaftliche Synergien, internationale Sichtbarkeit und eine effiziente Nutzung bestehender Infrastruktur zu fördern?
- Vermeidung von Verdrängungseffekten: Welche konkreten Pläne gibt es, um Verdrängungseffekte wie steigende Mieten, Arbeitskräftemangel oder Infrastrukturüberlastung zu verhindern?
- Analyse von Best Practices und Definition wirtschaftlicher Zielgrößen: Welche wirtschaftlichen Zielgrößen wurden auf Basis internationaler Best-Practice-Beispiele definiert und wie fließen diese in das bayerische Konzept für lokale Wertschöpfung ein?
- Gesamtbewertung der wirtschaftlichen Rolle der Spiele: Wie bewertet die Staatsregierung die Olympischen Spiele als langfristigen wirtschaftlichen Impulsgeber für Bayern – insbesondere im Hinblick auf Investitionen, Sichtbarkeit, Standortmarketing und regionalen Ausgleich?

Werte- und gesellschaftspolitische Aspekte:

Überzeugung der bayerischen Bevölkerung von den positiven Aspekten der Spiele:

- Welche Maßnahmen sind geplant, um die Skepsis in der Bevölkerung zu überwinden, insbesondere angesichts des Scheiterns früherer Bewerbungen (z. B. München 2022, Hamburg 2024)? Wie werden transparente, datenbasierte Argumente zur ökonomischen und gesellschaftlichen Wertschöpfung entwickelt, um die Akzeptanz zu erhöhen?

Förderung konservativer und patriotischer Werte:

- Wie wird die Bewerbung genutzt, um sportliche Tugenden (Disziplin, Fairness, Durchhaltevermögen, Kameradschaft) sowie die Werte der christlich-abendländischen Kultur (Familie, Heimat, Verantwortung) zu fördern?
- Welche Maßnahmen sind geplant, um Kinder, Jugendliche und Familien für Sport und körperliche Betätigung zu begeistern, z. B. durch Ausbau von Schul- und Vereinssportstätten oder Outdoor-Fitnessparks sowie durch Öffentlichkeitsarbeit?
- Wird sich der Freistaat verpflichten, auf die Verwendung gegenderter Sprache in allen offiziellen Texten, Präsentationen, Webseiten und Publikationen der Olympia-Initiative zu verzichten?
- Wie wird sichergestellt, dass die Spiele frei von linksradikaler ideologischer Propaganda (z. B. LGBTQ-, Transgender- oder Gender-Agenda) bleiben und der Fokus auf sportlicher Leistung und biologisch fundierten Geschlechterkategorien liegt?

### **Begründung:**

Die Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2036 oder 2040 stellt eine einmalige Chance dar, Bayern wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich nachhaltig zu stärken. Die Erfahrungen früherer Austragungsorte wie Paris 2024 (6,7 bis 11,1 Mrd. Euro wirtschaftlicher Effekt), London 2012 (10 Mrd. Britische Pfund, 70 000 neue Arbeitsplätze) oder Beijing 2008 (450 000 neue Arbeitsplätze) zeigen, dass Sportgroßveranstaltungen erhebliche wirtschaftliche Impulse auslösen können, insbesondere in Tourismus, Einzelhandel, Gastronomie und Infrastruktur.

Angesichts des nationalen Wettbewerbs mit Berlin, Rhein-Ruhr und Hamburg sowie internationaler Konkurrenten wie Madrid oder Rom ist eine strategische Planung erforderlich, um Bayern als attraktiven Standort zu positionieren. München verfügt mit seinem Konzept (z. B. Nutzung bestehender Sportstätten von 1972, Integration der Theresienwiese, U-Bahn-Ausbau) über ein solides Fundament, doch die Finanzierung, Bauzeiten und die Einbindung angrenzender Regionen bleiben unklar.

Die Skepsis eines Teils der bayerischen Bevölkerung, bedingt durch das Scheitern aller sieben vorherigen Olympiabewerbungen, erfordert eine transparente Kommunikation der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteile. Eine systematische Analyse der Gründe für das Scheitern früherer Bewerbungen ist bislang ausgeblieben, was die Notwendigkeit eines fundierten Berichts unterstreicht. Zudem muss die Bewerbung die bayerische Identität und konservative Werte wie Disziplin, Fairness und Heimatliebe stärken, ohne links-grüne ideologischen Trends wie Wokeness oder Gender-Propaganda Raum zu geben.

Ergänzend zu den genannten Punkten sollte die Staatsregierung darlegen, wie die wirtschaftspolitischen Effekte der Olympiabewerbung konkret operationalisiert werden. Das Bewerbungskonzept sollte klare Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Tourismusstandorts Bayern enthalten, etwa durch internationale Marketingkampagnen, die Etablierung dauerhafter touristischer Leuchttürme sowie die systematische Einbindung umliegender Regionen und des ländlichen Raums, um Übernachtungszahlen und Wertschöpfung über München hinaus zu steigern. Zugleich ist darzustellen, wie die bayerische Sportbranche – von Breitensportvereinen über Leistungszentren bis hin zur Sportartikel- und Zulieferindustrie – strukturell in die Wertschöpfungsketten eingebunden werden soll, etwa durch die Modernisierung bestehender Anlagen, neue Trainings- und

Veranstaltungsinfrastruktur sowie langfristige Folgeinvestitionen mit Nachnutzungskonzepten. Darüber hinaus bedarf es konkreter Konzepte zur Belebung von Einzelhandel, Gastronomie und Innenstadtlagen durch dezentrale Veranstaltungsformate, gezielte Standortwahl und regionale Beteiligung, um eine flächendeckende wirtschaftliche Wirkung sicherzustellen und nicht nur punktuelle Effekte im Ballungsraum München zu erzeugen. In diesem Zusammenhang ist aufzuzeigen, wie durch integrierte Planung in den Bereichen Tourismus, Medien, Sport und Infrastruktur branchenübergreifende Synergien entstehen und wie bestehende Großveranstaltungen wie das Oktoberfest oder internationale Messen gezielt in das Olympiakonzept eingebunden werden können, um internationale Sichtbarkeit und eine effiziente Nutzung vorhandener Infrastruktur zu fördern. Schließlich sind konkrete Maßnahmen zur Vermeidung von Verdrängungseffekten – etwa steigende Mieten, Arbeitskräftemangel oder infrastrukturelle Überlastung – sowie klar definierte wirtschaftliche Zielgrößen auf Basis internationaler Best-Practice-Beispiele vorzulegen, um die lokale und regionale Wertschöpfung messbar, transparent und politisch überprüfbar zu machen.

Ein umfassender Bericht der Staatsregierung ist notwendig, um den Landtag über die wirtschaftlichen Chancen, die Überzeugungsstrategien und die wertepolitische Ausrichtung der Bewerbung zu informieren. Dies schafft die Grundlage für eine fundierte Entscheidung und eine breite gesellschaftliche Akzeptanz, die für den Erfolg der Bewerbung entscheidend ist.